

(Abgeordneter Wirth.)

(A) hat selbst angeführt, daß wir eine ganz große Zahl von Arbeitern haben, die schon längst das 40. Lebensjahr überschritten haben und noch auf die Anstellung warten, und daß auch die Neueinstellungen, die im Etat vorgesehen sind, dem Wunsche nicht Rechnung tragen. Also wir haben in Zukunft, wie der Herr Finanzminister v. Seydewitz, als er noch Ministerialdirektor war, in der Finanzdeputation A schon einmal ausgeführt hat, damit zu rechnen, daß immer ein bestimmter Teil von Arbeitern im Arbeiterverhältnisse bleibt, weil es nicht möglich ist, alle Arbeiter zu Beamten zu machen. Außerdem ist in diesem Hause noch kürzlich — ich glaube, es war von einem Redner der rechten Seite — ausgesprochen worden, daß man kein Interesse daran habe, die Beamten zu sehr zu vermehren und einen Beamtenstaat zu errichten. Deshalb möchte ich betonen: die Arbeiter haben ein großes Interesse daran, den Verhältnissen entsprechend auch als Arbeiter bezahlt zu werden und nicht etwa darauf zu verzichten, um Beamte zu werden.

Es ist nun gesagt worden, daß an den Arbeitern schon sehr viel getan worden sei, daß sehr viel Lohnzulagen gegeben worden seien und daß die Wünsche doch nicht befriedigt werden könnten. Meine Herren!

(B) Die Wünsche sind bei weitem nicht befriedigt. Ich habe schon einmal ausgeführt: das liegt daran, daß man früher, besonders bei den Eisenbahnen, versäumt hat, die Löhne rechtzeitig aufzubessern. Man hat die Löhne früher zu tief gehalten. Nun sind die ganzen Lebensverhältnisse rapid gestiegen, und das ist doch die Ursache, warum die Leute immer wieder Forderungen stellen. Die Löhne sind heute noch nicht im Einklange mit den Lebensverhältnissen.

Ich verweise bei dieser Gelegenheit darauf, daß es nicht nur bei den Arbeitern so ist. Ich erinnere Sie daran, daß die Beamten genau wie die Arbeiter in jeder Session mit einer Anzahl von Petitionen an uns kommen und ebenfalls ihre Verhältnisse aufgebessert haben wollen, und eine Beamtenkategorie weist auf die andere hin, genau wie die Arbeiter. Der Herr Kollege Anders hat seinerzeit an dieser Stelle ausführlich die Forderung der Beamten damit begründet, daß die Nahrungsmittelpreise, die Kosten der Lebenshaltung in einer Weise gestiegen seien, daß die Forderungen damit gerechtfertigt seien. Dann trifft das aber auf die Arbeiter ebenso zu.

Nun hat der Herr Finanzminister ausgeführt, man dürfe die Löhne der Arbeiter nicht zu weit steigern, weil sie sonst an die Gehälter der Beamten heranreichen

würden. Man muß aber doch berücksichtigen, daß, wenn es wirklich einmal vorkommen sollte, daß ein Arbeiter in seinem Höchstlohnsaße an den Saße eines untersten Beamten reichte, nach meiner Auffassung das durchaus kein Unglück wäre. Bedenken Sie doch, daß wir heute Beamte mit einem Jahreshöchstgehälte von 1500 M. und einem Anfangsgehälte von 1000 M. haben!

(Zuruf.)

Ich habe hier die Gehälter an der Staatsbahn im Auge. Es wird mir zugerufen: „1200 M.“ Es ist möglich, daß es in anderen Staatsbetrieben solche Beamte gibt; das kann ich im Augenblicke nicht nachprüfen. Aber das weiß ich genau, wir haben eine Kategorie Beamte, die im Anfangsgehälte von 1000 und im Endgehälte von 1500 M. stehen. Wenn wir derartige Beamtengehälter haben, kann man es doch nicht als Unglück betrachten, wenn ein Arbeiter vielleicht einmal mit seinem Endgehälte den Anfangsgehälte eines Beamten erreicht, und kann es nicht damit begründen, daß man die Löhne der Arbeiter nicht aufbessern will.

Nun ist weiter gesagt worden, daß z. B. ein Arbeiter auf einer kleinen Station nach den Forderungen, die in unserem Antrage gestellt sind, auf ein Jahresgehälte von 1277 M. kommen würde. Ist denn aber heute ein Jahreseinkommen von 1277 M. etwas Besonderes? Wir wissen es ganz genau, die Statistik von Sachsen weist uns nach, daß es in Sachsen eine große Masse Familienväter gibt, die mit viel weniger Einkommen eine Familie ernähren müssen. Aber davon dürfen wir uns nicht leiten lassen, wenn wir von Staatsbetrieben reden. Sie sagen immer, Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe sein. Ich kann mich auf keinen Fall auf den Standpunkt stellen, den der Herr Finanzminister heute wieder eingenommen hat, daß derjenige, dem die Verhältnisse im Staatsbetriebe nicht passen, den Staatsbetrieb meiden muß. Ich hätte gewünscht, daß solche Aussprüche vom Ministertische nicht fallen würden.

(Sehr richtig!)

Das ist ein Standpunkt, den wir in unserer Fraktion in ihrer Gesamtheit verurteilen. Wir haben dafür zu sorgen, daß der Staat als Arbeitgeber mindestens das leistet, was in der Privatindustrie geleistet wird, ja, daß er sogar, wenn es irgend möglich ist, darüber hinausgeht, daß er vorbildlich wirkt.

(Sehr richtig!)